EUROPÄISCHE KOMMISSION

ÖFFENTLICHE KONSULTATION ZUR STRATEGIE EUROPA 2020

Name: Umweltdachverband

Stellungnahme des Umweltdachverbandes und seiner Mitgliedsorganisation Umwelt Management Austria

Kontaktdaten:

Anschrift: Strozzigasse 10/7-9, A-1080 Wien

Telefon: 0043/1/40113

E-Mail-Adresse: office@umweltdachverband.at

Wohnsitzland: Österreich

Sprache Ihres Beitrags: Deutsch, Englisch

Art der Organisation:

☐*Mitgliedstaat*

☐*Behörde*

☒*Registrierte Organisation*

☐*Registriertes Unternehmen*

☐*Einzelperson*

☐*Nicht registrierte(s) Organisation/Unternehmen*

☐*Andere (bitte angeben):*

Hauptbereich(e), auf den/die sich Ihr Beitrag bezieht:

☐*Wirtschaft und Finanzen*

☐*Wettbewerbsfähigkeit*

☐*Industrie*

☐ *Binnenmarkt*

☐ *Beschäftigung*

☐ *Forschung, Entwicklung und Innovation*

☐ *Digitale Wirtschaft*

☒ *Klima, Energie und Ressourceneffizienz*

☐ *Bildung*

☐ *Armut/soziale Ausgrenzung*

☐ *Sonstiges (bitte angeben):*

Registriernummer (wenn Sie/Ihre Organisation im Transparenzregister registriert sind/ist): 730024411461-80

Ihre Antwort

☒ *darf mit Ihren personenbezogenen Angaben veröffentlicht werden.*

☐ *soll anonym veröffentlicht werden.*

☐ *darf nicht veröffentlicht werden.*

A) Hintergrundinformationen zur öffentlichen Konsultation:

Die Strategie „Europa 2020" wurde im März 2010 als EU-Strategie zur Förderung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums auf den Weg gebracht. Sie zielt auf eine wissensgestützte, wettbewerbsfähige europäische Wirtschaft bei gleichzeitiger Wahrung der sozialen Marktwirtschaft in der EU und Verbesserung der Ressourceneffizienz. Daher wurde sie als Partnerschaft zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung konzipiert.

Die Strategie Europa 2020 ist auf fünf Kernziele in den Bereichen Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klima und Energie[1], Bildung sowie Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerichtet. Außerdem umfasst sie sieben Aktionsprogramme, so genannte Vorreiterinitiativen, in Bereichen, die als entscheidende Triebkräfte für das Wachstum gelten, nämlich Innovation, digitale Wirtschaft, Beschäftigung, Jugend, Industriepolitik, Armut und Ressourceneffizienz. Die Ziele der

[1] Im Januar 2014 hat die Kommission einen energie- und klimapolitischen Rahmen bis 2030 angenommen. Zu den wichtigsten Zielen in diesem neuen Rahmen zählen eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 40 % unter den Stand von 1990, ein verbindliches EU-weites Ziel für den Anteil erneuerbarer Energien von mindestens 27 % und die Wiederaufnahme einer ambitionierten Energieeffizienz-Politik.

Strategie werden auch durch Maßnahmen auf EU-Ebene unterstützt, beispielsweise in den Bereichen Binnenmarkt, EU-Haushalt und Außenpolitik der EU.

Die Umsetzung und Überwachung der Strategie Europa 2020 erfolgt im Rahmen des Europäischen Semesters (jährlicher Zyklus der Koordinierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik der EU-Länder). Im Rahmen des Europäischen Semesters einigen sich die EU-Institutionen auf allgemeine Prioritäten und die jährlichen Mittelbindungen der Mitgliedstaaten und erörtern die von der Kommission erarbeiteten und auf höchster Ebene von den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat gebilligten länderspezifischen Empfehlungen. Diese Empfehlungen sollten dann in die Politik- und Haushaltsgestaltung der Mitgliedstaaten einfließen. Zusammen mit dem EU-Haushalt sind die länderspezifischen Empfehlungen wesentliche Instrumente für die Umsetzung der Strategie Europa 2020.

Vier Jahre nach der Einführung der Strategie Europa 2020 hat die Kommission vorgeschlagen, die Strategie einer Überprüfung zu unterziehen, und der Europäische Rat hat diesem Vorschlag am 20./21. März 2014 zugestimmt. Am 5. März 2014 hat die Kommission eine Mitteilung „Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ angenommen (Mitteilung und Anhänge), in der sie vorläufige Schlüsse aus den ersten Jahren der Umsetzung der Strategie zieht. Aufbauend auf diesen ersten Ergebnissen und im Umfeld einer allmählichen Erholung der europäischen Volkswirtschaften sollten wir nun über die Ausgestaltung der Strategie für die kommenden Jahre nachdenken.

Mit diesen Fragen möchten wir Ihre Meinung dazu einholen, was aus den ersten Jahren der Strategie Europa 2020 zu lernen ist und was wir bei ihrer Weiterentwicklung zu einer Nachkrisen-Wachstumsstrategie berücksichtigen müssen.

B) Fragen:

1) Bilanz der Strategie „Europa 2020“ von 2010 bis 2014

Inhalt und Umsetzung

- Was bedeutet die Strategie Europa 2020 für Sie? Was verbinden Sie hauptsächlich mit der Strategie?

Die Strategie hatte zunächst die richtige „Rhetorik“, wurde jedoch schnell auf eine überholte Arbeitsplatz- und Wirtschaftswachstumsstrategie reduziert, die wenig Spielraum für Initiativen bietet, die Herausforderungen im Bereich Klimaschutz, Ressourcenverbrauch und Artenvielfalt zu adressieren.

Die Europa 2020 Strategie verfolgt das Konzept des grünen Wachstums, geht aber nicht auf die grundlegenden Probleme einer Nachhaltigen Entwicklung innerhalb der Grenzen des Planeten Erde ein. Ein grüner Anstrich der Europa 2020 Strategie kann das Verfolgen der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (EU SDS) nicht ersetzen.

- Hat die Strategie Europa 2020 Ihrer Auffassung nach etwas bewirkt? Bitte erläutern.

Die Bestandsaufnahme der Kommission ist hilfreich, um die Fortschritte bei der Zielerreichung der Strategie aufzuzeigen. Die Frage, in welchem Ausmaß die Zielerreichung das Ergebnis der EU 2020 Strategie, anderer EU-

Politiken, der Wirtschaftskrise oder anderen Maßnahmen ist, bedarf einer tieferen Analyse. Dies betrifft speziell jene Ziele, die nicht von der EU-Politik unterstützt werden.
Die Analyse der Klima- und Energieziele zeigt, dass der Fortschritt, der bei diesen Zielen erreicht wurde, auf der Effektivität des Klima- und Energiepaketes von 2008 basiert. Im Bereich Energieeffizienz stellt das Fehlen eines verbindlichen Ziels eine große Schwäche dar, womit große Themen wie Importabhängigkeit und Innovation weiterhin ungelöst sind.

- Hat sich Ihr Land von dem Vorgehen anderer EU-Länder in den Europa-2020-Kernbereichen beeinflussen lassen? Bitte führen Sie Beispiele an.

Die Indikatoren der EU 2020 Strategie sowie die dazugehörigen Empfehlungen der Kommission sind als Maßstab auch für Österreich hilfreich, um beispielsweise im Bereich der Steuern- und Abgaben auf Arbeit, Energie und Ressourcen wichtige Handlungsfelder aufzuzeigen.

- Sind die Interessenträger in Ihrem Land ausreichend in die Strategie Europa 2020 eingebunden? Sind Sie selbst in die Strategie Europa 2020 eingebunden? Würden Sie sich gern stärker beteiligen? Falls ja, wie?

In Österreich gab es keinen Einbezug von Stakeholdern aus der Zivilgesellschaft in die Erstellung der Nationalen Reformprogramme. Das Bundeskanzleramt, das für die Koordination der Europa 2020 Strategie verantwortlich zeichnet, sieht in den jährlichen Reformprogrammen reine Berichtsformate und lehnt eine Einbeziehung der Zivilgesellschaft dabei ab. Das Argument des österreichischen Bundeskanzleramts, das es in anderen und vorgelagerten Politik-Prozessen Kontakt und Einbindung der Zivilgesellschaft mit der Verwaltung gibt, ist für eine Mitwirkung im EU 2020 Prozess nicht ausreichend.

Überdies ist die mangelnde Transparenz und unzureichende Einbindung von Stakeholdern aus der Zivilgesellschaft bei der Erarbeitung der länderspezifischen Empfehlungen zu kritisieren. Die neue Struktur der Kommission scheint diesbezüglich überdies nicht förderlich.

Instrumente

- Entsprechen die derzeitigen Ziele für 2020 den mit der Strategie angestrebten Zielen, Wachstum und Beschäftigung zu fördern? [Ziele: *Beschäftigungsgrad in der Altersgruppe 20 bis 64 Jahre mindestens 75 %; Investitionen in Forschung und Entwicklung in Höhe von 3 % des BIP; Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 20 %, Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 % und Verbesserung der Energieeffizienz um 20 %; Verringerung des Anteils frühzeitiger Schulabgänger auf unter 10 % und Steigerung des Anteils junger Menschen mit Hochschulabschluss auf mindestens 40 %; Verringerung der Zahl von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohter Personen um mindestens 20 %*].

Das Verständnis von Wirtschaftswachstum als Selbstzweck ist ursächlich für viele Probleme im Bereich Umwelt, Energie aber auch Sozialem anzusehen. Die Kausalität, dass ein höheres Wirtschaftswachstum die Herausforderungen der Beschäftigung und eines guten Lebens für alle löst, ist in dieser Form nicht gegeben. Die Ziele der EU

2020 Strategie müssen dem „well beeing“ d.h. gutem Leben der EU-BürgerInnen und der Erhaltung einer lebenswerten Umwelt dienen und nicht als Werkzeuge des Über-Ziels-Wirtschaftswachstums.

Insbesondere in den Bereichen der Energieeffizienz, der Nutzung Erneuerbarer Energieträger, der Senkung der Treibhausgasemissionen, der Steigerung der Ressourceneffizienz und der Erreichung der EU Biodiversitätsziele für 2020 können wichtige Arbeitsmarktimpulse erreicht werden. Mittel- und langfristig müssen die Wirtschaft der EU und der Lebensstil der EuropäerInnen einem gerechten Ausmaß der globalen ökologischen Grenzen entsprechen, was einer Senkung des Fußabdruckes um 80 Prozent entspricht.

- Sind Ihrer Ansicht nach einige der derzeitigen Ziele wichtiger als andere? Bitte erläutern.

Umweltzielen, die auf soliden wissenschaftlichen Erkenntnissen über eine sichere Umgebung für die Menschheit abgeleitet sind, muss die oberste Priorität eingeräumt werden.

- Halten Sie es für sinnvoll, dass die EU-weiten Ziele in nationale Ziele untergliedert sind? Wenn ja, wie lassen sich dann Ihrer Ansicht nach die nationalen Ziele am besten festsetzen? Wurden die nationalen Ziele bisher angemessen/zu hoch/nicht hoch genug angesetzt?

Hinsichtlich der Tatsache, dass die Mitgliedstaaten die Hauptakteure bei der Implementierung der EU-Politik sind, ist es essentiell, dass die EU-Ziele auf nationale Ziele herunter gebrochen werden, welche den Beitrag eines jeden Mitgliedstaates für das gemeinsame EU-Ziel festlegt.

- Welchen zusätzlichen Nutzen haben die sieben Aktionsprogramme für Wachstum gebracht? Können Sie konkrete Beispiele für die Auswirkungen dieser Programme nennen? [*„Vorreiterinitiativen“: „Digitale Agenda für Europa“, „Innovationsunion“, „Jugend in Bewegung“, „Ressourcenschonendes Europa“, „Eine Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung“, „Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“, „Europäische Plattform zur Bekämpfung der Armut“*].

Die sieben Aktionsprogramme waren generell hilfreich um ein Profil für gewisse Probleme zu entwerfen. Die Umsetzung und Durchführung erfolgte jedoch unzureichend. Im speziellen im Bereich Ressourceneffizienz Europa wurde erst in den letzten Monaten dieser europäischen Kommission ein Kreislaufwirtschaftspaket mit Gesetzesvorschlägen ins Leben gerufen.

2) Anpassung der Strategie Europa 2020: Wachstumsstrategie für ein Europa nach der Krise

Inhalt und Umsetzung

- Braucht die EU eine umfassende und übergreifende mittelfristige Strategie für Wachstum und Beschäftigung für die nächsten Jahre?

Das letzte was Europa jetzt braucht, ist eine weitere Strategie mit engem Fokus auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Eine Strategie, die einfach versucht ein überholtes Wachstumsmodell weiterzuführen und dabei versagt die tiefer liegen Probleme Europas, im Speziellen das ständig wachsende ökologische Defizit, zu erkennen bzw. davon abgekoppelt ist wird nicht erfolgreich sein.

Was Europa braucht ist eine echte und dringende Anstrengung eine Strategie für nachhaltige Entwicklung einzurichten, die Europas wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme in kohärenter Weise angeht.
Um Europa auf den Pfad einer nachhaltigen Entwicklung zu bringen, braucht es wirksame Maßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung der Ziele, damit rechtzeitig auf Abweichungen reagiert werden kann, bzw. Maßnahmen die dazu führen, dass bei Nichteinhaltung der Ziele Konsequenzen folgen.

Bezüglich der weiteren Details zu dieser Frage verweisen wir auf die Stellungnahme des EEB, der wir uns vollinhaltlich anschließen.

The last thing Europe needs right now is yet another strategy with a narrow focus on growth and jobs that simply seeks to continue an outdated growth model and fails to recognise and is disconnected from the deeper lying problems of Europe, in particular its ever growing ecological deficit and debt towards third countries and future generations.

What Europe does need, and what would be a real departure from the past, is a genuine and urgent effort to put in place a sustainable development strategy that addresses Europe's economic, social and ecological problems in a coherent way, and fits into the global challenges.

The external political imperative for doing so comes from, on the one hand, the Rio+20 outcome document 'The Future We Want', endorsed by the EU and its Member States, which clearly encourages the development and use of sustainable development strategies as "key instruments for guiding decision-making and implementation of sustainable development at all levels" (para. 98), and on the other, the EU's commitment to the development of a set of Sustainable Development Goals that will replace the existing Millennium Development Goals and that should constitute a paradigm shift, from development to sustainable well being, from an 'aid and trade' agenda to fundamental rights and livelihoods, to a recognition of planetary boundaries and from environment as a secondary priority to environment and healthy ecosystem as the foundation for wellbeing.

The environmental imperative derives from an overwhelming body of scientific evidence that the world has crossed a number of thresholds that define a safe operating space for humankind (climate change, biodiversity and nitrates) and is well on its way to crossing a number of other ones (e.g. ocean acidification, phosphorus and freshwater). The most vulnerable countries and peoples suffer here the most.

The social imperative for this comes from the fact that inequality and unemployment have increased over the last 5 years, and chronic diseases such as diabetes, asthma and dementia are increasing continuously. More than half of the European population (52%) suffers from being overweight, while 17% is obese. There is a correlation with air pollution, unhealthy food and bad lifestyles. On the other hand the rat race at work is the main cause for very high stress and burn out figures in Europe. One third of the workers and employees deal with depression and 83% deal with isolation and loneliness at the work floor.[i]

The economic imperative comes from the observation that the relatively high GDP growth rates that we have become used to in the second half of the 20th century are the exception, rather than the rule, with growth rates having slacked off in most developed countries since the 1970s, as well as biophysics and mathematics that dictate that infinite growth based on increased consumption of a finite set of resources is not an option.

The revision of the Europe 2020 strategy should take the first steps in moving away from the existing jobs and growth agenda which has failed to address the above mentioned challenges, by putting in place a comprehensive set of targets as outlined above, as well as reforming or putting in place new instruments.

- In welchen Bereichen müssen wir vorrangig tätig werden, um ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu erreichen?

In addition to integrating the targets mentioned above into a revised Europe 2020 Strategy, it should overhaul the Commission's REFIT agenda which has become openly deregulatory.

Although the stated aim of the REFIT exercise is to 'cut red tape, remove regulatory burdens, simplify and improve the design and quality of legislation so that the policy objectives are achieved..' a closer look at the actions presented shows the onus is on withdrawing and repealing laws where possible or making them ineffective by introducing exemptions. This means that although a 'fitness check' (one of the main instruments under REFIT) is not fundamentally different from a normal evaluation as foreseen under all policies, the exercise seems primarily expected to generate proposals to reduce the burden on business and will therefore make it unlikely to come to the conclusion that the ambition of an environmental policy needs to be improved even if that leads to an additional regulatory burden on business.

A particular striking example of this problematic approach is the focus under REFIT on creating exemptions for SMEs which, given that these cover about 97% of the EU economy, would make EU regulatory action pointless, if followed through rigorously. Likewise, exemptions to legislation (for example WEEE, legislation on food information to consumers) are presented as a way to reduce burden whereas the opposite is true; they tend to increase regulatory complexity through more complicated monitoring, reporting and compliance checking requirements.

Finally, but perhaps the most important point since 'better regulation' seeks to improve evidence based policy making, the evidence base for the assertion that the EU is 'regulating too much' and that rolling back environmental regulations will help increase jobs and growth is non-existent and mostly based on biased and subjective business perceptions as for example expressed in the Top-10 consultation - something which the OECD for example does not consider a reliable indicator[ii].

- Welche neuen Herausforderungen sollten künftig berücksichtigt werden?

Ein wichtiger Schritt ist, das bestehende System der Wirkungsfolgenanalysen „EU Impact Assessments" dahingehend anzupassen, dass Nachhaltigkeit im Zentrum steht und die Kompatibilität neuer Politiken mit der ökologischen Tragfähigkeit gewährt wird. Den Bereichen umweltschädlicher Subventionen, Ökologischer Steuerreform und der Vervollständigung und Stärkung der zentralen EU-Umweltgesetze kommt eine besondere Priorität zu.

Bezüglich der weiteren Details zu dieser Frage verweisen wir auf die Stellungnahme des EEB, der wir uns vollinhaltlich anschließen.

Transform the EU Impact Assessment system into a Sustainability Impact Assessment, that removes the anti-regulatory bias in the system, and ensures inter alia that all EU policy proposals lead to an absolute reduction in resource consumption and are consistent with meeting environmental targets and achieving non-exceedance of planetary boundaries. In addition to improving the IA guidelines to this end, it will be essential as well to ensure that they are then applied with equal measure on all Commission proposals.

Green the voluntary macro-economic coordination mechanism 'the European Semester' by making environmental fiscal reform and the removal of harmful subsidies such as company car tax breaks a priority as well as ensuring that recommendations complement and strengthen key pieces of EU environmental law. Regarding the governance of the European Semester, a stronger role is needed for Environment Ministers as well as the European Parliament including its Environment Committee.

In addition to what is stated above, a key challenge is the growing gap between the speed at which new technologies, that often come with new risks, are brought to the market and the failure of regulators to put in place in a timely way effective, common sense regulation that will ensure such risk is adequately managed. Nano materials are a case in point in that respect, where the EU, after having spent billions in the form of research subsidies to develop the technology, is now putting the brakes on developing the necessary regulations.

- Wie lässt sich die Strategie am besten mit anderen EU-Strategien verknüpfen?

Die überarbeitete Europa 2020 Strategie muss den gemeinschaftlichen Ansatz in der Umweltpolitik und den Bereichen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz stärken. Eine klare Verbindung mit dem 7. Umwelt-Aktions-Programm muss gegeben sein und auch auf Ebene der Maßnahmen bis 2020 Niederschlag finden.

- Wodurch ließe sich die Einbindung der Interessenträger in eine Wachstumsstrategie für ein Europa nach der Krise verbessern? Was könnte getan werden, damit Ihr Land auf diese Strategie aufmerksam wird und sie unterstützt und besser umsetzt?

Die Fragen der Transparenz, Legitimität und Rechenschaftspflicht der Entscheidungsfindung im Europäischen Semester und der Mitsprachemöglichkeiten der Zivilgesellschaft und der Bürgerinnen und Bürger sind zentral um eine neue Strategie zu entwickeln. Die Vorgehensweise auf EU-Ebene zu den Themen TTIP und CETA haben gezeigt, wie es nicht gemacht werden soll.

Ohne Sanktionsmöglichkeiten bleiben die Europa 2020 Strategie und die länderspezifischen Empfehlungen zahnlos.

Instrumente

- Welche Instrumente hielten Sie für geeigneter, um ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu erreichen?

Bezüglich dieser Frage verweisen wir auf die Stellungnahme des EEB, der wir uns vollinhaltlich anschließen.

40 years of EU environmental regulation has led to a significant improvement in the air Europeans breathe, reduced water pollution, created the renewable energy sector, protected citizens from many harmful chemicals and brought endangered species back from the brink of extinction. In addition to that, it has led to the creation of entire new sectors and industries which in for example Germany are expected to provide more employment than the car industry by 2020 and which have continued to expand even during the recent years of economic downturn. It is therefore essential that under a revised Europe 2020 Strategy, the EU will continue to build on this success story.

In addition to the continuous development of new and strengthened environmental regulations as foreseen in the 7th Environmental Action Programme, the ***EU budget*** *should be reformed into a future oriented one with a large environment fund.*

The use of ***impact assessment*** *(IA) as a tool to produce 'better regulations' has increasingly developed into a tool to slow down regulation to benefit certain private vested interests. The original purpose of this instrument which originates from the EU Sustainable Development Strategy from 2001 is to help make more effective, evidence-based policies through assessing in advance their potential economic, social and environmental consequences, a process which should support environmental policy integration. Over the years however a number of fundamental problems have arisen with the way the instrument has developed which is reflected both in the way the existing impact assessment guidelines are written in 2009 and how they are used in practice. The guidelines will therefore need to be improved in a number of key areas in order for the instrument to become a true Sustainable Impact Assessment tool;*

First of all, both the IA guidelines and practices are effectively skewed against taking EU level action. Instead of comparing different options to achieve the same objectives so that the most effective one can be found, the achievement of the objectives itself is assessed often based on crude general assumptions about costs.

Secondly, there is a too strong focus to monetize costs and benefits, mostly based on an assessment of 'willingness to pay'. It is essential that environmental impacts are quantified but this should happen in the units relevant to the environmental problem being assessed, i.e. emissions of Green House Gases or other pollutants. Translating such quantified impacts into monetary values is fraught with complexities and carries a significant risk of introducing an ideological bias into the system because it implies regulatory action is only needed when sufficient people are willing to pay for it voluntarily, as opposed to when a democratically elected government finds it will achieve net societal benefits.

The trend towards an overly strong focus on costs to business does not only show in the IA guidelines and practices but also in another element from the Commission's REFIT programme, the development of sector by sector Cumulative Cost Assessments, that assess the total regulatory costs from a specific sector. The problem with a too strong focus on costs to business is that costs to business are often estimated, without any thorough review, on the

basis of assumptions made by the companies who will be regulated, which tends to lead to significant overestimates of costs. This was for example the case when an IA was done for options to amend the REACH Annexes to account for nanomaterials.

Apart from amending the IA guidelines there is also a major concern over the application of these guidelines. One problem is that IA is used inappropriately as was the case for Endocrine Disrupting Chemicals (EDCs) Criteria. In this case, criteria to define and classify EDCs to be developed under Pesticides and biocides legislation and which should be a purely scientific exercise became highly politicized and were consequently made subject to an IA, instead of carrying out an impact assessment of the measures that were to be taken or not on the basis of such criteria.

Another highly problematic example of misapplication of the IA guidelines is the IA for both the 2030 Climate and Energy Package and the review of the Energy Efficiency Directive where the costs for high energy saving scenarios were artificially inflated in order to arrive to a lower energy savings target that was considered politically more convenient by the very same departments of the Commission whose job it is to ensure that the IA guidelines are properly used.

***Stakeholder consultations**, if organized well, are essential for reasons of legitimacy, transparency and ensuring relevant information and arguments are on the table. It is particularly important however, that stakeholder consultation rules and practices do not institutionalize or perpetuate excessive levels of influence by vested interest groups. The correct balance between private and public interest groups in each process needs to be ensured. This balance needs to be reflected not only in the number of seats that are allocated to different organizations within expert or advisory groups, but also in the way that often highly technical knowledge which is often under control of the private interest being regulated is brought into the process. The examples where this continues not to be the case are abundant; in the High Level Group on Admin Burden, or until very recently in the new agriculture civil society dialogue groups (formerly called advisory groups), and the technical working group's under the Industrial Emissions Directive to name but a few.*

The most problematic element of REFIT however, is the measurement of regulatory costs and benefits in a context of reducing the burden of regulation, because it explicitly broadens the scope from unnecessary administrative burdens to overall regulatory costs. By doing so, the 'smart regulation' initiative is clearly and unmistakably showing itself for what it really is: a deregulatory exercise that seeks to reduce regulatory costs for business at the expense of society.

The focus on Cumulative Costs Assessments (CCA) as part of 'sector fitness checks' which assess the variety of regulatory costs incurred by specific industrial sectors, instead of benefits is the most visible expression of this. Apart from presenting a very one sided picture of the impacts of regulations by for example ignoring the fact that certain sectors are more polluting than others and therefore having higher regulatory costs, never mind the differences within a sector between front runners and laggards, it is only one step away from then setting a target to reduce overall regulatory costs or introduce the 'One in - one out' principle as certain members of the HLG on Administrative Burden reduction are advocating for. It is in direct and open contradiction to the polluter pays principle and would fundamentally limit the policy

space of the EU at a time when this space is needed more than ever to address out of control climate change, ecosystem collapse, environmental health and resource over-consumption.

- Wie kann die EU am besten sicherstellen, dass die Strategie Ergebnisse liefert? Was sollten die Mitgliedstaaten dafür tun?

Bezüglich dieser Frage verweisen wir auf die Stellungnahme des EEB, der wir uns vollinhaltlich anschließen.

Following the European election, a deeply flawed yet widely shared political analysis among most of the political groups considering themselves as pro-European, has emerged which is that the root cause of the rise of anti-EU sentiments and political groups is over-regulation and that a reduction in EU regulation and a 'focus on the big issues only' is now the only way to 'save the EU'. This is naïve at best. Different groups have completely different reasons to criticize the EU but the main reason that most Eurosceptic groups don't like the EU is because it threatens national power structures and withdrawing some laws will not make them like the EU more. If anything, it will create false expectations and even more resentment when the EU then continues to proposes policies that 'focus on the big issues' and that inevitably transfer further power to Brussels. And at the same time it will make those groups who actually like the EU increasingly frustrated with the EU's failure to do something about the problems they care about such as environmental protection and which the Juncker Commission has decided is clearly not one of the 'big issues' where the EU should be 'big' on. In this context, it is noteworthy that citizens across the EU have made clear that they support more action on the environment, not less. A large majority of Europeans (79%) want the EU to do more to address air quality problems,[2] *and an even higher proportion considers that a more efficient use of resources would have a positive impact on quality of life (86%), economic growth (80%) and employment opportunities (78%).*[3]

- Wie kann die Strategie die Mitgliedstaaten dahingehend beeinflussen, dass sie sich in ihrer Politik stärker auf Wachstum konzentrieren?

Die Fortsetzung der EU 2020 Strategie muss Lösungsmöglichkeiten jenseits von Sparpolitik versus Wirtschaftswachstum aufzeigen und adressieren. Wie oben angeführt stellen wir in Frage, ob ein reines Wirtschaftswachstum die Antwort ist, die Europa für die Lösung unserer dringendsten Probleme braucht.

- Sind Zielvorgaben sinnvoll? Bitte erläutern.

[2] See Eurobarometer 360 'Attitudes of Europeans Towards Air Quality': http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_360_en.pdf

[3] See Eurobarometer 388 'Attitudes of Europeans Towards Waste Management and Resource Efficiency': http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl_388_en.pdf

Ziele auf nationaler und regionaler Ebene, eingebettet in ein klares rechtliches Rahmenwerk, sind essentiell für klare Entscheidungsfindungen, Investitionen und Rechenschaftspflicht bei Fortschritten.

- Würden Sie empfehlen, bestimmte Ziele hinzuzufügen oder zu streichen – eventuell sogar alle? Bitte erläutern.

Eine begrenzte Anzahl an Zielen hat Schattenseiten, daher besteht die Notwendigkeit, Ziele umfassend zu formulieren. Ökologische Nachhaltigkeit kann nur durch eine Reihe von Zielen erreicht werden, die zumindest:

- ambitionierte und wirksame Klima- und Energieziele bis 2030 (Mindestens 60 % THG Reduktion, 45 % erneuerbare Energieträger und 40 % Einsparung bei der Endenergie),
- das 2020 Biodiversitätsziel und
- ein Kernziel zur Verbesserung der Ressourceneffizienz um 40 % bis 2030 (unterstützt durch eine „Instrumententafel" an Zielen, welche eine absolute Reduktion beim Ressourcenkonsum sicherstellen)

inkludieren.

Die neu beschlossenen Ziele für 2030 kann man nicht als ambitioniert und wirksam bezeichnen. So liegt das Ziel Erhöhung der Energieeffizienz unter den ursprünglich geforderten 30 %. Verbindliche nationale Ziele fehlen bei der Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz. Des Weiteren ist offen, wie die Zielerreichung garantiert werden kann, wenn keine nationalen Ziele definiert werden. Auch die Reduktion der Treibhausgase um 40 % ist für eine Vorreiterrolle zu wenig ambitioniert.

Bezugnehmend auf die wachsende Zahl von Hinweisen über die schwache Verbindung zwischen BIP und Beschäftigung und der Aussicht auf eine lange Periode mit niedrigem BIP-Wachstum, muss den Beschäftigungszielen eine höhere Priorität zugewiesen werden als dem BIP.

- In welchen Bereichen sollten die EU und die Mitgliedstaaten gemeinsam handeln? Welchen Zusatznutzen hätte dies?

Insbesondere im Bereich des Steuer-Dumpings, der Abschaffung umweltschädlicher Subventionen, gemeinsamer Standards für Umweltschutz, Luftreinhaltung, Sozial- und Gesundheitsstandards ist eine gemeinsame und akkordierte Vorgehensweise der Mitgliedsstaaten besonders fruchtbar.

3) Haben Sie weitere Anmerkungen oder Vorschläge zur Strategie Europa 2020?

Die vorliegende Stellungnahme ergeht in Namen von Umwelt Management Austria und dem Umweltdachverband. Wir danken allen Beteiligten für die Erarbeitung.

Vielen Dank für das Ausfüllen des Fragebogens. Bitte schicken Sie Ihren Beitrag, zusammen mit etwaigen weiteren Dokumenten, an SG-EUROPE2020-CONSULTATION@ec.europa.eu.

[i] http://www.depressionalliance.org/media/files/publications/2014/05/08/TARGET_Report_Final.pdf

[ii] OECD. (2012). *Measuring Regulatory Performance: A Practitioner's Guide to Perception Surveys.* OECD Publishing.